

Mädchen mehrfach missbraucht

Boutiquenbesitzer wegen 55 sexueller Übergriffe vor Gericht

Der Besitzer einer Wormser Modeboutique soll drei seiner teils minderjährigen Mitarbeiterinnen zwischen Oktober 2002 und Februar 2006 missbraucht und vergewaltigt haben.

Von
Silvia Dott

Seit gestern muss sich der 47-Jährige wegen 55 sexueller Übergriffe vor der Ersten Mainzer Strafkammer verantworten. Die mutmaßlichen Opfer waren in dem Laden Aushilfe, Auszubildende und Praktikantin. Der vielfach vorbestrafte Wormser soll die jungen Mädchen unter Ausnutzung seiner Chefposition zum Geschlechtsverkehr gezwungen haben.

Laut Anklage musste eine zu Tatbeginn etwa 16-jährige Verkäuferin regelmäßig zu dem Mann in die Wohnung kom-

men und mit ihm schlafen. Der Angeklagte habe dem Mädchen gedroht, es verliere seinen Job, wenn es nicht mitmache. Zweimal soll er sein Opfer geschlagen, gewürgt, an den Haaren gerissen und geohrfeigt haben.

Eine knapp 13-Jährige sei von dem 47-Jährigen in seinem Laden unsittlich berührt worden, so die Anklage weiter. „Stell dich nicht so an. Wenn du ein, zwei Jahre älter bist, zeige ich dir, wie das richtig geht“, seien seine Wort gewesen.

Eine zur Tatzeit 18-jährige Auszubildende nahm der Angeklagte im Februar 2006 mit zu einer Modemesse nach Berlin. Im Hotelzimmer soll er die Frau vergewaltigt haben. Danach sei gedroht worden: „Wenn du etwas sagst, bist du dran!“ Die 18-Jährige ging dennoch zur Polizei. Im Laufe der Ermittlungen berichteten dann

Verwahrung

■ Der Richter prüft zudem, ob der Angeklagte in Sicherungsverwahrung muss – sofern er als gemeingefährlich gilt.

die beiden anderen Frauen von ihren Erlebnissen mit dem Angeklagten.

Die beiden Verteidiger ließen keinen Zweifel daran, dass sie im Sinne ihres Mandanten alle prozessualen Möglichkeiten ausreizen wollen. Deshalb beantragten sie erst einmal eine Pause von einer Woche zur Prüfung der Besetzung der Richterbank. Nach einer Sitzungspause von knapp 40 Minuten sprachen die Anwälte von einer möglichen Fehlbesetzung und verlangte erneut die Aussetzung für eine Woche.

Diesem Antrag entsprach die Kammer. Man werde aber die Verhandlung nicht unterbrechen, sondern den Verteidigern bis zum Prozessende, in frühestens einer Woche, Zeit geben, die Besetzung zu prüfen. Als die Anwälte diese Verfahrensweise kritisierten und der Vorsitzende Richter Hans E. Lorenz von einer gewollten Verfahrensverzögerung sprach, beantragte Verteidiger Jürgen Möthraath eine Pause zur möglichen Formulierung eines Befangenheitsantrages.

Die Kammer lehnte zwar erneut ab, setzte aber nun selbst das Verfahren bis zum 22. November aus. Man habe nämlich einen Formfehler im Eröffnungsbeschluss entdeckt, den es dringend auszumerzen gelte, wolle man keine Revisionsgründe schaffen. Am Mittwoch, 22. November, wird die Anklage daher noch einmal verlesen.